









# Neubauer-Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.-RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schreibleitung: W. H. Sauer in Köthen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Saurische Buchdruckerei, Köthen.  
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Telegraphenamt: Leipzig Nr. 2232

Anzeigen löten: die 43 mm breite Millimeterzeile 0,8 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile in Reklametext 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Neuba — Bankverein Atern.

Nr. 68

Dienstag, den 7. Juni 1932.

45. Jahrgang

## Der Reichstag aufgelöst

Ämtlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 4. Juni genebelt:

„Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgefundenen Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.“  
Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.

Das Auflösungsdekret für den Deutschen Reichstag ist der Öffentlichkeit übergeben worden, ohne daß bisher ein Termin für die Neuwahlen bestimmt wurde. Wir sind der Ansicht, daß es richtiger wäre, wenn dieser nicht allzu lange hinausgezögert würde, denn je länger der Wahlkampf dauert, desto größer werden die Kosten, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich bei allen Parteien schon in den letzten Wahlkämpfen ein ausgeprägter Geldwahn bemerkbar gemacht hat, und daß eine über Wochen hinaus verlängerte Erziehung der Gemüter dem großen Ganzen kaum dienlich sein wird. Am liebsten muß man annehmen, daß das ganze deutsche Volk heute weiß, warum es geht, daß es infolgedessen auch nicht mehr der Lebererregung in allzu langem Wahlkampf bedarf, um zu entscheiden, mit welchem Wahlzettel es zur Urne schreiten muß. Es haben denn auch bei fast allen politischen Parteien bereits vorbereitende Verhandlungen über die neue Lage stattgefunden. Von der Linken bis zur Rechten werden bereits die größten Anstrengungen gemacht, um bei dem Kampf, der wohl mit äußerster Erbitterung geführt werden wird, bestehen zu können. Hoffen wir, daß sie nicht umsonst getan sind, daß aus ihnen ein Parlament hervorgeht, das wirkliche Aufbauarbeit zu leisten imstande ist zu Ruh und Frieden der Allgemeinheit, zum Segen des immer lebenden Vaterlandes.

Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts bringt verhältnismäßig wenig Neues. Abgesehen von der scharfen Abfolge gegen Staatssozialismus und Parlamentsdemokratie und die Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit durch die große Belastung des Reiches, der Länder und Gemeinden mit sozialpolitischen Aufgaben gesteigert worden ist, dürfte mit der scharfen Abfolge an den Sozialsozialismus die bestimmten Angaben in wirtschaftlicher Hinsicht verbunden sein. Es ist bemerkenswert, daß die Regierung nicht daran vorbeikommt, einen Teil der Notverordnungen, die das Kabinett Brünning neu geplant hat, in Kraft zu setzen. Man rechne hier mit einschneidenden Reformen auf dem Gebiete der Sozialversicherung.

Besonders kurz erscheint uns der Teil der Erklärung, der die außenpolitische Probleme behandelt. Hier wird eine größere Deutlichkeit wohl am Platze gewesen, insbesondere mit Bezug auf die Tribut- und Kriegsschuldfrage. Die Forderung der vollen Gleichberechtigung in der Währungsfrage ist genau wie wiederholt bei Brüning betont worden. Es hat den Anschein, als würde man bezüglich der Weltwirtschaftskonferenz den Vätern zustimmen, die MacDonald mit den Vereinigten Staaten von Amerika ausgemacht hat.

Wahrscheinlich war der Sinn der kurzgefaßten Erklärung, daß die neue Regierung sich von Verpflichtungen freisetzen, dagegen allein nach ihren Taten beurteilt wissen will.

## Die Regierungserklärung

„Für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands.“

Berlin, 5. Juni.

Die in der heutigen Vormittags Sitzung des Reichstages beschlossene Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.“

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und faustserbaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichsanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Verfall der Währung und die Umwälzungen der Weltwirtschaft wie auch die Krisen des Reiches und der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen:

Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über-

schwache Anlässe hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz aller Arbeitswillens der besten Kräfte am Mark der deutschen Völker.

Die Anstrengungen haben geblüht, durch einen sich ständig steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er keinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, vergrößert durch den ungeliebten gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kultursozialismus, der wie ein freies Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt gesetzt werden.

Zu tief ist schon in alle kulturelle Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischer Denksens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reue des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Weg der Kompromisse um die Parteilichkeit bemüht oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die höchsten des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere aber der wertvollen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Maßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Verpflichtungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

## Auf außenpolitischem Gebiete

ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Währungsfrage, der Reparationen und des allgemeinen Wirtschaftswesens. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele.

Außer Ziel ist, in freundschaftlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterland völlige Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen aus den Gebieten des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenaustausches, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen. Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben und den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.“

## Reichsanzlei zum Raas-Brief

Zu den Ausführungen des Prälaten Raas gibt die Reichsanzlei folgende Darstellung:

Herr von Raas hatte, bevor er sich zum Reichspräsidenten begab, eine Ansprache mit Prälat Raas über die Stellung der Zentrumspartei zu einer gegebenenfalls an ihn zu richtenden Berufung durch den Reichspräsidenten. Hierbei erklärte Dr. Raas, es sei für die deutsche Zentrumspartei ausgeschlossen, daß eines ihrer Mitglieder die Führung der neu zu bildenden Regierung oder einen Sitz in ihr übernehme. Ein solcher Schritt würde die Trennung von der Partei bedeuten. Herr von Raas erwiderte, daß damit die Voraussetzung fehlerhaft, unter der sich der Reichspräsident wahrscheinlich berufen habe: Eine Synthese zwischen den in der Zentrumspartei organisierten Kräften und der politischen Rechten herzustellen. Er wurde daher einen in diesem Sinne an ihn gerichteten Auftrag ablehnen. Herr von Raas hat die darauf stattfindende Besprechung den Reichspräsidenten vom Inhalt dieser

Unterredung Kenntnis gegeben und den Reichspräsidenten gebeten, von seiner Berufung Abstand zu nehmen. Erst nachdem der Reichspräsident Herrn von Raas erklärte, daß er ihm nicht in seiner Eigenschaft als Parteimitglied, sondern als Deutscher getroffen habe und daß er an sein parteiunabhängiges Gewissen appelliere, hat Herr von Raas die Berufung angenommen.

## Vor dem Wahlkampf

Beginn der parteiischen Vorbereitungen.

Berlin, 6. Juni.

Obwohl der Termin für die Neuwahlen zum Reichstag noch nicht bestimmt ist, haben fast alle politischen Parteien schon mit den Vorbereitungen zum Wahlkampf begonnen. Am Mittwoch, den 8. Juni, tritt der erweiterte Vorstand der Deutschen Zentrumspartei in Berlin zusammen, um die politische Lage zu besprechen und die Neuwahlen vorzubereiten. Wie es heißt, wird der bisherige Reichsanzler Dr. Brüning Anfang der Woche in einer Erklärung zu dem Programm der Reichsregierung, soweit es sich auf Maßnahmen des Kabinetts Brünning bezieht, Stellung nehmen. Auch soll er sich mit der Ablichtung, sich aktiv am Wahlkampf für seine Partei zu beteiligen.

Der Parteiausführer der Sozialdemokratischen Partei hat seine Mitglieder für Dienstag einberufen, um gut gerüstet den Wahlkampf aufnehmen zu können. Auch die Deutsche Volkspartei hat für diese Woche interne Besprechungen vorgezogen. Für den Freitag ist der Vorstand der Deutschen Nationalen Volkspartei nach Berlin einberufen worden. Die Deutsche Staatspartei versammelt bereits am heutigen Montag den Parteivorstand und die Mitglieder der bisherigen Reichstagsfraktion, um zur Aufstellung des Reichstags Stellung zu nehmen und die Richtlinien für den kommenden Wahlkampf festzulegen, vor allen Dingen wird darüber entschieden werden, ob sich die Staatspartei an den Verhandlungen zur Bildung einer „Nationalen Einheitsliste“, die vorläufig von der Deutschen Volkspartei, der Reichspartei, der Landvolk-Partei und den Volksonerariaten geführt werden, beteiligen will.

## Am die Befragung des Arbeitsministeriums

Wie verlautet, ist dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland, R. Kälin (Stuttgart) das Arbeitsministerium angeboten worden. Kälin, der der Zentrumspartei angehört, hat die Lebensamte des Arbeitsministeriums abgelehnt. Die „Germania“ teilt mit, daß mit Aussicht auf die politischen Vorgänge der letzten Tage Herr Emil Ritter von der rationalen Leitung der „Germania“ zurücktritt.

## Aufgaben des Reichsinnenministers

ber Regierung. Berg, 6. Juni. Der Reichsinnenminister hat die Aufgabe, die äußere Lage und die innere Lage des Reiches zu beobachten und die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Beseitigung der Krisen erforderlich sind. Die Zusammenfassung der Aufgaben des Reichsinnenministers ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Die Aufgaben des Reichsinnenministers sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Die Aufgaben des Reichsinnenministers sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Zu der Frage der Reichstagswahl bemerkt der Minister die Gerüchte über die Veränderung des Wahlsystems, wie sie vom Kabinett Brüning bereits vorbereitet worden ist. Die Wahl, so betont der neue Innenminister mit allem Nachdruck, solle die unverfälschte Willensmeinung